

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Helmut Radlmeier

Abg. Georg Rosenthal

Abg. Verena Osgyan

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr.

Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes - Wiederbelebung des

Diplomstudiums (Drs. 17/6816)

- Erste Lesung -

(Unruhe)

- Wenn sich das Auditorium wieder beruhigt hat und alle Kolleginnen und Kollegen in der Lage waren, wieder ihren Platz einzunehmen, werde ich in der Tagesordnung fortfahren. – Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Professor Dr. Piazolo. – Bitte schön, Herr Professor.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ist unser Ziel bei der Einführung bzw. Wiederbelebung des Diploms? - Zum einen und Ersten wollen wir die Marke stärken, das Diplom als Titel. Ich hatte schon in der letzten Woche gesagt: Dieser Titel ist in der ganzen Welt anerkannt, er ist unbestritten, und er ist von hohem Wert. Wir hätten damit in Bayern einen internationalen Wettbewerbsvorteil. Der Titel ist eingeführt und nicht erklärungsbedürftig.

Es geht uns aber nicht nur um den Titel, sondern auch um den Inhalt. Das heißt, wir wollen nicht das alte Diplom, sondern ein Diplom, wie es sich die FREIEN WÄHLER vorstellen. Es wird einen Qualitätsstandard haben, um den uns die anderen Bundesländer und die anderen Länder beneiden werden. Dieses Diplomstudium, wie wir es planen, hat Exzellenzanspruch. Es ist berufsqualifizierend, das heißt, ähnlich wie der Bachelor, aber besser, weil es mit 240 ECTS-Punkten stärker als der Bachelor und praxisorientiert ist. Wir wollen bei diesem Diplom entweder ein weiteres Praktikumssemester oder zusätzliche Praktika. Wir wollen es in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft anwendungsorientiert und zusätzlich wissenschaftsfundiert ausgestalten mit

einer Diplomarbeit zwischen 80 und 120 Seiten, die ihren Namen verdient, nicht wie viele Bachelorarbeiten, die bei 30 Seiten stehen bleiben.

Auf der einen Seite steht das Diplom als Marke, auf der anderen Seite der Inhalt. Zusammen werden wir dieses Diplom, wie es die FREIEN WÄHLER wollen, zu einem Premiummodell machen. Das kann ein besonderes Gütesiegel der bayerischen Hochschullandschaft werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie wollen wir dieses Ziel erreichen? – Dazu dient der vorliegende Gesetzentwurf. Wir wollen Artikel 57 des Bayerischen Hochschulgesetzes ändern. Bislang ist dort geregelt, dass für Erststudierende nur der Bachelor möglich ist. Dies wollen wir ändern. Wir wollen außerdem das Diplom als Regelstudium ermöglichen, also Diplomstudiengänge wieder einführen. Wir stehen zu diesem Gesetzentwurf und hoffen auf Zustimmung, obwohl gestern die dpa die Meldung durch Bayern schickte: Die CSU stimmt grundsätzlich keinem Gesetzentwurf der Opposition zu. – Was für ein Armutszeugnis, wenn eine Regierungsfraktion sagt: Wir stimmen einem Gesetzentwurf der Opposition nicht zu, egal was in diesem Gesetzentwurf steht! - So ging es gestern über die dpa in die Welt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Josef Zellmeier (CSU): Dann müsst ihr eben gescheite Gesetzentwürfe bringen!)

Wir wollen finanzielle Anreize schaffen. Wenn eine Hochschule ein solches Studium entwickelt, soll sie über Zielvereinbarungen Stellen, Geld und Ressourcen bekommen.

Wir werden die Bedenkenträger offensiv entlarven. Die Bedenken, die in der letzten Debatte zu unseren Ideen geäußert wurden, waren sachlich falsch, insbesondere die Bedenken, die vonseiten der CSU geäußert wurden. Ich hatte das Gefühl, dass dort eine richtige Wagenburgmentalität herrscht: Wir verstecken uns hinter ein paar Vorwürfen und schauen ganz schüchtern raus.

Was wurde gesagt? – Wir würden Verwirrung in Deutschland schaffen, wenn wir ein Diplom einführen. Meine Damen und Herren, wir haben bereits andere Abschlüsse. Wir haben zum Beispiel das Staatsexamen. Und selbstverständlich gibt es immer noch Diplomstudiengänge in Bayern. Das Diplom gibt es an allen Verwaltungshochschulen. Die Staatsregierung hat sich sogar zu Recht dagegen gewehrt, diese Studiengänge abzuschaffen. Das bedeutet, für den Staat wollen Sie Diplomabgänger haben, der Wirtschaft verweigern Sie jedoch Diplomabsolventen. Das ist inkonsequent, unfair und schizophren. Diese drei Begriffe passen auf dieses Verhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Staatsminister hat erklärt, es sei keine Akkreditierung möglich. Auch das ist falsch. Eine Einzelakkreditierung ist nicht möglich, aber selbstverständlich eine Systemakkreditierung, die immer mehr im Kommen ist. Viele Hochschulen haben sie. Die TU Dresden hat sie ohnehin, aber auch die TU München und die Universität Erlangen haben sie. Dort wird eine ganze Fakultät akkreditiert. Dies wäre auch für einen Diplomstudiengang möglich. Diese Behauptung ist somit falsch.

Mehrere Kollegen haben angemahnt, wir würden in Europa einen Sonderweg gehen, wenn wir ein Diplom einführen. Das schlägt dem Fass den Boden aus. Abgesehen von diesem Begriff, der historisch belastet ist: Nirgendwo steht, dass Bachelor- und Masterabschlüsse vereinheitlicht werden müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen Sie, wie viele der 48 Unterzeichnerstaaten der Bologna-Erklärung diesen Prozess tatsächlich schon weit vorangetrieben haben? – Nur ein Viertel dieser Staaten, nämlich zwölf Staaten. Ich werde Ihnen jetzt ein paar Beispiele nennen, welche Abschlüsse es in anderen Staaten gibt. Glauben Sie etwa, dass alle anderen Unterzeichnerstaaten Bachelor- und Masterabschlüsse eingeführt haben? – Das ist nur in ganz wenigen Ländern der Fall.

Glauben Sie wirklich, dass die Franzosen diese englischen Begriffe verwenden? Wie heißt in Frankreich der Abschluss des Bachelorstudiums? – Licence. Wie heißt der

Abschluss, den Sie bei einem Master- oder Staatsexamensstudiengang im Fach Medizin in Frankreich erwerben? – In Frankreich heißt dieser Abschluss Diplôme d'État. Die Franzosen haben also das Diplom.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Sehen Sie sich einmal die Ecole Supérieure in Frankreich an. Diejenigen Hochschulen, die für den Staat ausbilden, also die besten Hochschulen, nennen ihren Abschluss "Diplôme". Die Franzosen haben also das Diplom, und wir, die wir die Erfinder dieses Begriffes sind, schaffen es ab. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie kann man nur so dumm sein?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In Belgien heißt der Abschluss Bachelier. In Polen heißt er Licencjat. In Italien heißt er Laurea di primo livello. In allen Ländern gibt es unterschiedliche Begriffe. Die Staatsregierung stellt sich jedoch hin und sagt: Wenn wir das Diplom wieder einführen würden, würden wir für Verwirrung in Europa sorgen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber kann man nur lachen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Begriff "Diplom" wird inzwischen in anderen Ländern häufiger verwendet als bei uns. Ich sage ganz deutlich: Das Diplom-Modell, das wir FREIEN WÄHLER möchten, zeichnet sich durch vier Eigenschaften aus:

Dieses Modell ist klar wie ein oberbayerischer Bergsee. Ein dreijähriges grundständiges Studium schließt mit dem "Bachelor" ab, ein vierjähriges grundständiges Studium mit dem "Diplom". Daran schließt sich ein weiterführendes Studium "Master" an. Das ist klar wie ein oberbayerischer Bergsee.

Das Modell der FREIEN WÄHLER ist daneben so sparsam wie eine schwäbische Hausfrau. Dieses Studium kostet kaum mehr Geld.

Das Modell ist vom Inhalt her außerdem edel wie ein fränkischer Bockbeutel.

Schließlich ist es stark wie ein niederbayerischer Stier.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alles in allem ist dieses Modell einfach gut. Das müssen Sie anerkennen. Sie sollten unserem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Besten Dank, Herr Kollege, auch für diese gesamtbayerische Anpreisung Ihres Modells. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Radlmeier von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie lehnen das Modell ab, weil er die Oberpfalz vergessen hat!)

Helmut Radlmeier (CSU): Herr Kollege, die Oberpfalz hätte schon noch dazugehört!

(Beifall bei der CSU)

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute geht es um einen Gesetzentwurf, der Bayern, falls er Zustimmung finden sollte, in meinen Augen in der Wissenschaftspolitik weit zurückwerfen würde. Wir haben bereits in der letzten Aktuellen Stunde über dieses Thema gesprochen. Ich habe in der vergangenen Woche klargemacht: Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag lehnt diesen Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER ab.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mich deshalb heute auf den Telegrammstil beschränken. Seit der letzten Woche gibt es außer dieser dpa-Meldung – lassen wir sie einmal so stehen – keine neuen Argumente zu diesem Themenblock.

Was wollen die FREIEN WÄHLER? – Die FREIEN WÄHLER wollen mit diesem Gesetzentwurf der mangelnden Praxisorientierung der Bachelorstudiengänge begegnen

und dem hohen Interesse von Bachelorabsolventen an einem weiterführenden Masterstudium entgegenwirken. Aus unserer Sicht besteht für diesen Gesetzentwurf kein Bedarf. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen kein "Kommando zurück".

Ich möchte meine Aussagen mit mehreren Studien aus jüngster Zeit, die auf Befragungen von Unternehmen und Absolventen beruhen, belegen. Die jüngsten Studien stammen vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und dem Institut der Deutschen Wirtschaft Köln. Außerdem nenne ich das Bayerische Absolventenpanel 2014 des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung. Diese Studien belegen, dass in fast allen betrachteten Fächern die Absolventinnen und Absolventen der Bachelor- und Masterstudiengänge einen gleich guten oder besseren Praxisbezug als Diplom-Absolventen haben.

Zudem wurde deutlich, dass insbesondere die Hochschulen für angewandte Wissenschaften den Praxisbezug in der Lehre bei den neuen Studiengängen bereits deutlich intensiviert haben. Der Missstand, den Sie ansprechen und auf den Sie mit Ihrer Reform reagieren möchten, besteht also gar nicht. Außerdem wird das zweite Ziel, das die FREIEN WÄHLER anführen, mit dem Entwurf nicht erreicht, nämlich die Reduzierung der Zahl von Masterstudierenden.

Die Umsetzung dieses Gesetzentwurfs käme einem Ausstieg aus der Bologna-Erklärung gleich. Dieser Bologna-Erklärung haben 48 Staaten zugestimmt. Diese Zahl spricht für sich. Die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge wurde inzwischen mit 847 Bachelor- und 859 Masterstudiengängen komplett vollzogen. Wir wollen nicht aus der Bologna-Erklärung aussteigen und alle diese Fortschritte zunichtemachen.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Das will doch niemand!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wiedereinführung des akademischen Grades "Diplom" für ein neues Studiengangformat würde zudem – anders als Sie das gesagt haben – zu Intransparenz und zu einer Titelverwirrung führen; denn der Begriff "Di-

plom" wäre nun mehrdeutig. Ich habe es letzte Woche schon gesagt, ich möchte es nicht noch einmal sagen. Die Wiedereinführung des akademischen Grades "Diplom" wäre keine kleine Korrektur, wie Sie behaupten, sondern sie wäre die Rückkehr in das Wissenschaftszeitalter vor Bologna, vor 1999.

Auch unseren Studierenden würden wir schaden. Die Reform wäre ein Schlag gegen die Wettbewerbsfähigkeit und die wachsende Mobilität unserer Studierenden. Die erfolgreichen Bemühungen unserer Hochschulen um internationale Wettbewerbsfähigkeit würden ebenfalls erheblich zurückgeworfen. Dies haben nicht zuletzt TU-Präsident Herrmann und der Verein "Hochschule Bayern e. V." in Pressemitteilungen dargelegt.

Letzte Woche habe ich Präsident Herrmann zitiert. Heute möchte ich den Präsidenten der Vereinigung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Bayern, Herrn Michael Braun, eine renommierte Persönlichkeit, zitieren. Er sagt, die bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften hätten es seit der Bologna-Erklärung von 1999 fertiggebracht, ein attraktives, stark nachgefragtes und qualitätsgesichertes Angebot an praxisorientierten Studiengängen aufzulegen. Dies würden den Hochschulen regelmäßig die Partner in den Unternehmen, in den Verbänden und den Kammern bestätigen, die über Wirtschaftsbeiräte und Akkreditierungsagenturen direkt in die Entwicklung der Studiengänge einbezogen würden; entgegen der Kritik an der Praxistauglichkeit und der fachlichen Qualität der Absolventinnen und Absolventen sei der Bachelor durch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften zu einem ersten wirklich berufsqualifizierenden Abschluss entwickelt worden. – So Präsident Braun.

Ich möchte ein Beispiel aus der Praxis nennen. Auch unser Landshuter HAW-Präsident, Professor Stoffel, mit dem ich in ständigem Dialog bin, sieht sehr gute Berufschancen nach einem Bachelorabschluss. Nach dem Bachelorabschluss ist es für viele Studierende ein klarer Schritt, für den Master einen anderen Studienort aufzusuchen. Im Wesentlichen gibt es in den Masterstudiengängen einen höheren Anteil Studieren-

der aus fremden Regionen als in den Bachelorstudiengängen. Deshalb ist hier pauschale Kritik fehl am Platz und nicht angebracht.

Ein weiteres Argument für die Umstellung auf Bachelor und Master ist die Internationalisierung. Wir haben gleiche Programme, und auch bei den Diplomstudiengängen wird in der gleichen Sprache gesprochen. Das spricht für sich.

Ein weiteres Praxisbeispiel, das dies beleuchtet: Die HAW Landshut hat einen Partnerschaftsvertrag mit der anerkannten Clemson University in South Carolina. Hier wird auch noch einmal ganz deutlich, dass die Anstrengungen der letzten Jahre vom Wissenschaftsministerium, die Anerkennung von Studienleistungen im Ausland zu erleichtern, auch den Studienaufenthalt im Ausland für die Studentinnen und Studenten attraktiver machen. Das ist absolut positiv zu bewerten.

Das heißt aber nicht, dass es bei Bologna keine Defizite gibt. Wir haben es in der letzten Woche schon besprochen. Minister Spaenle hat selbst darauf hingewiesen, dass die Vielzahl der Bachelorstudiengänge – ich nenne nur die Stichworte Auswählerleichterung und Ausdifferenzierung – nochmals zu hinterfragen ist. Die Einführung eines weiteren Studiengangs mit dem Abschluss "Diplom" stellt unseres Erachtens kein geeignetes Heilmittel dar. Die Vielzahl der Studiengänge ist aber keineswegs die notwendige oder unmittelbare Folge der Umstellung des Systems auf Bachelor und Master. Wir sollten uns daher in den nächsten Jahren intensiv darum bemühen, einen Dialog mit den Hochschulen zu führen, um die Zahl der Studiengänge entweder zu reduzieren oder eine größere Vergleichbarkeit der Studiengänge zu erreichen. Dieses Thema ist aber kein rein bayerisches, sondern es wurde erst jüngst bei der Konferenz der hochschulpolitischen Sprecher Mitte Juni in Hannover angesprochen. Ich nenne nur das Stichwort Studiengangsinflation.

Zusammenfassend darf ich feststellen, dass wir den Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER in den weiteren Beratungen ablehnen werden. Er ist ein Versuchsballon, der gestartet wurde. Wir sollten uns im Ausschuss den geänderten Herausforderungen in der

Gesellschaft stellen und im Hinblick auf die Ausdifferenzierung eventuell eine Anpassung vornehmen, aber immer unter der Prämisse, das bestehende System weiterzuentwickeln. Wir brauchen kein Premiummodell. Wir haben ein sehr gutes bestehendes System, das es weiterzuentwickeln gilt.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen Verlässlichkeit für die Studierenden, und wir brauchen Planungssicherheit für die Hochschulen und die Universitäten. Hier geht es nicht um Waren, die wir ganz beliebig mal so und mal anders auszeichnen oder betiteln. Wir brauchen nicht, wie es der Kollege so schön gesagt hat, eine Marke oder ein Etikett. Wir brauchen Fach- und Führungskräfte von morgen, welche die Zukunft unseres Landes sichern. Darum werden wir den Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächster hat der Kollege Rosenthal von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf mit der Überschrift "Wiederbelebung des Diplomstudiums", den die FREIEN WÄHLER eingebracht haben und den der Kollege Piazzolo hier vertreten hat, geht einen schwierigen Gang. In der Analyse und Problembeschreibung, die Sie dem Gesetzentwurf voranstellen, sind viele richtige Argumente genannt worden. Richtig ist, dass die Entwicklung des Bologna-Prozesses – das kann man auf EU-Ebene immer wieder lesen und hören – noch nicht rund läuft. Richtig ist sicherlich auch, dass viele Erwartungen, die mit dem Bologna-Prozess verbunden waren, erst nach und nach sichtbar werden. Dieser Prozess, der seit 1999 auf europäischer Ebene vorbereitet und 2006 eingeleitet worden ist und der das Ziel hatte – darum geht es, und das kommt mir zu kurz -, eine uneingeschränkte Mobilität von Studierenden und Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern auf europäischer Ebene und die Vergleichbarkeit und gegenseitige Anerkennung

von Abschlüssen zu erreichen, ist nicht so gelaufen, wie wir es uns an vielen Stellen gewünscht haben.

Auch die EU-Kommission stellt in ihren Berichten fest, dass nur sieben von zehn Studierenden die Hochschulausbildung abschließen. Das heißt, wir haben eine Abbruchquote zwischen 30 und 50 %. Bei der Mobilität werden mehrere Punkte als Probleme ins Feld geführt: die fehlende finanzielle Unterstützung und die mangelnden Sprachkenntnisse, die als die größten Barrieren für die Studierenden bei der Mobilität definiert werden. Im inneren Prozess der Bologna-Reform ergibt dies einen erheblichen Nachholbedarf. Ist es da richtig, das alte Diplom zur Erreichung von Einheitlichkeit im europäischen Raum einfach dazwischenzuschieben? Zwischen Bachelor und Master soll es ein neues Etikett geben. Sie, Herr Professor Piazzolo, haben es selber als "Etikett" bezeichnet. Vom Etikett zum Etikettenschwindel ist es aber nicht weit.

In der Analyse, dass viele Probleme aufgegriffen werden sollen und müssen und dass wir um die Einheitlichkeit dieses europäischen Prozesses weiter ringen müssen, stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Die Kernziele, die auf europäischer Ebene von den nunmehr 48 Mitgliedstaaten vereinbart worden sind, wollen wir doch nicht aufgeben. Die Kernziele heißen gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen und Studienabschlüssen, Transparenz, Vergleichbarkeit der Abschlüsse, die europäische Zusammenarbeit in der Qualitätssicherung und die Verwendung von Transparenzinstrumenten, wie zum Beispiel das europäische Kreditpunktesystem.

All das – da sind wir uns einig – sind Fortschritte. In diesem Zusammenhang ist das Diplom, so wie Sie es vorgestellt haben, für mich und für meine Fraktion nicht überzeugend. Kein "Kommando zurück", kein Wiederstart für das Diplom – das würde einen unglaublichen Prozess einleiten und viel Energie in die falsche Richtung lenken. Das Diplom bezeichnen Sie als wichtiges Markenzeichen. Viele deutsche Universitäten garnieren ihren Masterabschluss mit dem Diplom. An diesen Universitäten kann man sich orientieren. Damit wäre das, was Sie als Etikett bezeichnet haben, ausführlich umgesetzt.

Das Tempo der Hochschulreform muss erhöht werden. Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu. Die Finanzmittel, welche die Bundesrepublik Deutschland sowie die Bundesländer in die Bildung stecken, sind nach wie vor zu niedrig. Das sind 1,4 % unseres Bruttonationalprodukts. Vergleichbare kleinere Länder machen sehr viel mehr. Die Relation Lehrende zu Lernenden ist absolut unbefriedigend. Die Abbrecherquoten – darin sind wir uns auch einig – können so nicht hingenommen werden. Wir überfordern den akademischen Mittelbau. Bei diesen Punkten haben Sie uns an Ihrer Seite. Darüber müssen wir reden. Das können wir auf der Basis dessen, was Europa mit den europäischen Hochschulen gemeinsam vereinbart hat. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Osgyan von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Verena Osgyan (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir fällt es wahrlich schwer, für die Debatte, die wir bereits letzte Woche geführt haben, neue Aspekte zu finden. Mit dem Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER wird 16 Jahre nach Unterzeichnung der Bologna-Erklärung die Wiedereinführung des Diploms gefordert. Der Gesetzentwurf stellt dem aktuellen Hochschulsystem in Bayern ein schlechtes Zeugnis aus. Ich glaube, darauf können wir uns einigen. Wir sind vom europäischen Hochschulraum noch weit entfernt. Ich hätte mir eine einfachere Umstellung auf Bachelor und Master gewünscht. Ich glaube, mittlerweile haben wir ganze Studentengenerationen verschlissen. Das ist schade und lässt sich nicht wegdiskutieren.

Zu Beginn der Umstellung hatten wir völlig überfrachtete Lehrpläne und viel zu schwierige Prüfungen. Das war alles noch nicht ausgereift. Schließlich hat sich alles eingependelt. Jetzt stellt sich heraus, dass der Bachelor mit sechs Semestern von der Wirtschaft nur unzureichend angenommen wird. Das geben die Studien eindeutig her.

Für die Bachelorstudierenden ist es am schlimmsten, dass die Vergleichbarkeit im internationalen Raum nicht gegeben ist, weil die meisten Länder auf den Bachelor in acht Semestern setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Ziel war die Durchlässigkeit und Vergleichbarkeit im europäischen Hochschulraum. Herr Piazzolo, Ihrer Analyse und meinem Vorredner stimme ich absolut zu. Wir müssen noch einmal ran. Wir brauchen eine Reform der Bologna-Reform, damit die Studierenden endlich vergleichbare Bedingungen vorfinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür haben wir bereits mannigfaltige Maßnahmen vorgeschlagen. Ich fasse die wichtigsten Maßnahmen zusammen. Die Unterfinanzierung der Hochschulen muss gelindert werden. Zwar haben wir einen absoluten Aufwuchs der Etats, die Zahlen belegen jedoch eindeutig, dass gleichzeitig die Zuwendungen, die Bayern in das System gibt, pro Studierenden gesunken sind. Wir haben mit dem Anstieg der Studierenden nicht Schritt halten können. Die wachsende Drittmittel-Abhängigkeit führt nicht nur zu einer Verschlechterung der Studienbedingungen, sondern wirft gleichzeitig den wissenschaftlichen Nachwuchs in prekäre Arbeitsbedingungen. An dieser Stelle müssen wir ansetzen. Das ist das Wichtigste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen endlich ein Master-Ausbauprogramm, das dem tatsächlichen Bedarf gerecht wird. Das haben wir letzte Woche im Rahmen der Debatte bereits gehört. Bayern liegt hinsichtlich der Anzahl der Masterstudierenden bundesweit auf dem letzten Platz. Das betrifft nicht nur den absoluten Durchschnitt, sondern auch die Neueinschreibungen. Diese betragen in Bayern 7,8 %, im Bund 12,2 %. Die Relation stimmt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir rechnen damit, dass vielleicht irgendwann einmal 30 % der Studierenden einen Master machen werden. Das sind die Berechnungen der Staatsregierung. Das Institut für Demoskopie Allensbach schätzt, dass über 60 % der Studierenden einen Master machen wollen. Das zeigt klar und deutlich: Irgendwann wird der Master der Regelabschluss werden, und zwar nicht nur für die wissenschaftliche Arbeit, sondern für den Berufseinstieg. Dieser Tatsache müssen wir uns stellen, anstatt sie wegzudiskutieren.

Alle Studierenden, die die Voraussetzungen für ein Masterstudium mitbringen, müssen die Chance erhalten, dieses auch aufnehmen zu können. Ich erwähne insbesondere die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die mittlerweile die Leistungsträger im System sind. Diese müssen wir mehr unterstützen.

Ein Äquivalenz-Diplom zum Master – das habe ich schon erwähnt – ist keine schlechte Sache. Damit können wir die Marke erhalten. Dagegen spricht nichts. Es kommt drauf an, was drinsteckt, und nicht, welcher Titel draufsteht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen den Bachelor, so wie er jetzt existiert, in Bezug auf die Vergleichbarkeit, die Studiendauer und die Zerfaserung in viele einzelne kleine Studiengänge, die einer internationalen Vergleichbarkeit nicht dienen, einer kritischen Evaluation unterziehen.

Ein weiterer Punkt, der bereits genannt wurde, ist mir besonders wichtig. Es geht um die soziale Flankierung des Studiums. Hierzu haben wir eine Anhörung durchgeführt. Die Zahlen der Studienabbrecher sind kritisch evaluiert worden. Immer war davon die Rede, dass wir mehr Beratungs-, Unterstützungs- und Wohnungsangebote für Studierende brauchen. Im internationalen Vergleich liegt Bayern deutlich zurück. Wenn wir die Internationalisierung unserer Hochschulen im Sinne eines internationalen Hochschulraums vorantreiben wollen, müssen wir insbesondere diese Punkte ins Auge fassen.

Wir sollten uns jetzt die Zeit nehmen, um die Erfahrungen der letzten 16 Jahre kritisch zu betrachten, um daraus in Ruhe Maßnahmen zu entwickeln. Für die Umstellung der verbliebenen Diplomstudiengänge oder Staatsexamen besteht keine Eile. Wir wollen jedoch auch keine Rolle rückwärts. Wir möchten unseren Hochschulraum am Fortschritt orientieren. Es führt kein Weg am Bologna-Prozess vorbei.

Der echte europäische Hochschulraum, den wir uns alle wünschen, ist mobilitätsfreundlich, studierendengerecht, weltoffen, sozial, wissenschaftlich hochklassig, leistungsstark und innovativ. Deswegen können wir dem Gesetzentwurf leider nicht zustimmen, obwohl wir die Analyse für richtig halten. Lasst uns alle zusammen noch einmal rangehen und eine echte Reform der Bologna-Reform auf den Weg bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Der Gesetzentwurf soll gemäß Beschluss des Ältestenrates dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst als federführendem Ausschuss überwiesen werden. Besteht damit Einverständnis? – Widerspruch erhebt sich nicht. Damit ist das so beschlossen.